



## Wofür wir stehen

**Erhalt eines funktionierenden ÖPNV ohne Einschränkungen im Bus- und Straßenbahnbetrieb durch den Zusammenschluss der Verkehrsbetriebe von Mülheim, Essen, Oberhausen und Duisburg.**

**Transparenz in der Verwaltung und den städtischen Finanzen**

**Schluss mit überteuerten Prestigeprojekten**

**Keine weitere Versiegelung von Grünflächen**



Thomas Grell

Ich bin seit 2007 Mitglied der MBI und für diese als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales tätig.

Als examinierter Altenpfleger und Kaufmann im Gesundheitswesen liegt mein Hauptaugenmerk auf der Situation in unseren Senioren- und Behinderten- einrichtungen sowie der Situation der Menschen in Mülheim, die von ALG II (Hartz IV) betroffen sind.

Die meisten Senioren möchten auch im Pflegefall so lang wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld leben. Deshalb ist es notwendig, die Möglichkeiten von alternativen Wohnformen auszuloten und, wo möglich, diese zu prädestinieren.

Um solche Wohnformen zu ermöglichen, ist es erforderlich, die Versorgung im Nahbereich auszubauen und den Betroffenen, ob zu Pfleger oder Pflegender, die Chance zu bieten ihr Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Eine gute Möglichkeit bietet sich durch die inzwischen installierten Pflegestützpunkte der Stadt und einer Mülheimer Krankenkasse an.

Was jedoch fehlt, ist eine zentrale Rufnummer unter der sich eine betroffene Person bei der Stadt um Hilfe bemühen kann. Dies wäre besonders im Krisenfall von großer Wichtigkeit, da in Mülheim kaum eine Möglichkeit besteht, verwirrte Personen unterzubringen, ohne sie direkt stationär einweisen zu lassen.

**Deshalb: Einrichtung einer zentralen städtischen Rufnummer zur Krisenintervention.**

Die Bundesregierung hat einen Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze für unter 3-jährige eingeführt. Obwohl dieser Umstand schon seit Jahren bekannt war, ist es nicht gelungen die entsprechende Anzahl an Betreuungsplätzen zu schaffen.

In Mülheim wurden aus diesem Grund die Gruppen vergrößert, was zu einer erheblichen Mehrbelastung der Erzieherinnen und Erzieher in den Betreuungseinrichtungen geführt hat.

Um eine adäquate Betreuung zu gewährleisten, ist es unbedingt notwendig die Anzahl an Betreuungsplätzen zu erhöhen und neue Gruppen einzurichten, desweiteren muss die Anzahl an Erzieherinnen und Erziehern dem Bedarf angepasst werden.

**Die Anzahl an Kindern mit Migrationshintergrund steigt kontinuierlich an, diesem Umstand sollte Rechnung getragen werden in dem verstärkt auch Erzieherinnen und Erzieher mit Migrationshintergrund in den Betreuungseinrichtungen eingestellt werden.**

Mülheim gilt im Ruhrgebiet als die Stadt mit dem im Durchschnitt höchsten Lebensalter. Gleichzeitig schrumpft die Mülheimer Bevölkerung.

Inzwischen ist es so, dass ein Wohnungsbauunternehmen unserer Stadt nicht mehr vermietbare Wohneinheiten abreißt um dann hochwertige Ein- und Zweifamilienhäuser an deren Stelle zu errichten. Gleichzeitig wird von der Stadt hochwertiges Bauen in den Aussenbereichen unserer Stadt forciert.

Um dies zu ermöglichen geht die Stadt teilweise in finanzielle Vorleistungen, die sie sich eigentlich nicht leisten kann, die daraus resultierenden Ergebnisse haben dann meistens auch nichts mehr mit den vorgestellten Planungen zu tun.

**Deshalb ist es meiner Meinung nach notwendig, mehr im Bestand zu renovieren, als ständig weiterhin in die Außenbereiche zu expandieren.**

**Meine Forderung: Die weitere Versiegelung von Grünflächen stoppen.**

Mülheim hat inzwischen so viel Schulden angehäuft, das es kaum noch in der Lage ist, die Kernaufgaben zu bewältigen. Gleichzeitig werden Prestigeprojekte weiter ohne Rücksicht auf Verluste vorangetrieben

Um dies zu ermöglichen geht die Stadt immer wieder auf ÖPP-Finanzierungen ein, die dann zwar nicht im Haushalt auftauchen aber der Verwaltung über Jahrzehnte die Möglichkeit nehmen, eine verlässliche Finanzplanung aufrecht zu erhalten, da die erstellten Objekte auf Jahrzehnte zurück gemietet werden müssen. Ich gewinne den Eindruck, unsere Stadt stranguliert sich durch diese Finanzierungsmethode selbst.

Andere Städte haben sich inzwischen von dieser Art der Finanzierung verabschiedet und mussten ihren vorher begonnenen Irrtum teuer bezahlen.

**Meine Forderung: Die Umwegfinanzierung über ÖPP sofort beenden, die Aufstellung von Flächennutzungsplänen nur gemeinsam mit Essen, Oberhausen und Duisburg.**